



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TELEFON: 510 64
MITARBEITER: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) . RALF JUNKERMANN . DIETER KNUTZ . JAN KOCHANOWSKI . KARIN WOLF
MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSENDEN WIEDER (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT)

3/75

Bericht des Rektors zur Lage der Universität Oldenburg

Anlässlich des Besuches des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst hat der Rektor der Universität Oldenburg, Professor Dr. Rainer Krüger, zur Lage der Universität zu Beginn des zweiten Jahres ihres Bestehens einen Bericht vor dem Senat abgegeben, in dem er besonders auf die materiellen Probleme der Hochschule eingeht. Die Pressestelle veröffentlicht diesen Bericht im Wortlaut.

Der Beginn eines neuen Jahres, das bevorstehende Ende des zweiten Studiensemesters an der Universität Oldenburg, der Besuch des niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst sind Anlaß genug, ein vorläufiges Fazit zu ziehen.

Später, als von vielen erhofft, hat die Universität Oldenburg mit dem Sommersemester 1974 den Lehrbetrieb aufgenommen, sind reformierte Studiengänge in die praktische Erprobung gegangen, hat die in der Grundordnung verankerte Selbstverwaltung zu arbeiten begon-

nen. Bedenkt man die Erschwernisse, mit denen diese Neugründung zu kämpfen hatte und hat, so verdient die Art und Weise, wie alle Angehörigen der Universität Schwierigkeiten zu meistern suchten und gemeistert haben, besonderen Respekt und größte Anerkennung. Dessen ungeachtet oder auch gerade deshalb ist die Frage berechtigt, ob solcher Einsatz für die Sache der Reform auf Dauer genügt, den bedrückenden Abstand zwischen der fortschrittlichen bildungspolitischen Absicht der Landesregierung und ihrer Verwirklichungsmöglichkeit auszugleichen.

Bauplanung und -finanzierung

Immerhin: Die Mittel für den Hochschulbau sind, mittelfristig betrachtet, ausreichend. Die Universität geht davon aus, daß bereits in den Anmeldungen zum nächsten Hochschulbauplan und der Haushaltsplanung auch die langfristigen Ausbauziele materiell abgesichert werden müssen. Erfreulich ist, daß es der Universitätsleitung mit Unterstützung des Ministers gelang, den sofortigen Beginn des AVZ-Anschlußbaues mit überwiegend theoretischen Arbeitsflächen sicherzustellen. Engpässe baulicher Entwicklung ergeben sich vielmehr aus ungenügendem Planungsvorlauf, erst recht aber durch den Mangel an Planungskapazität sowohl in Hinblick auf eine bauliche Gesamtstruktur wie in Bezug auf die Realisierung der Einzelvorhaben wobei letzteres eine Verzögerung der Fertigstellung des AVZs zur Folge hatte. Ein weiteres Hindernis einer zügigen Fertigstellung des jetzigen Gebäudekomplexes liegt in der starr festgelegten Aufgliederung der Finanzierungssumme für die einzelnen Teilbaumaßnahmen vom Grunderverb bis zur Einrichtung der Gebäude. Den letzten beußen die Hunde, so daß für die Einrichtungskompletierung infolge erhöhter Kosten für die vorausgegangenen Baumaßnahmen nur ein viel zu geringer Rest übrig blieb. Dies haben wir dem Minister als besonders drängendes Problem mitgeteilt.

Im Bereich der Bauplanung, die von der Mitwirkung bei der städtebaulichen Rahmenplanung bis zur Erstellung der Raumprogramme für die Bauvorhaben der Universität Oldenburg reicht, sind in den ersten Monaten des Jahres 1975 wichtige Grundsatzentscheidungen für die bauliche Entwicklung der Universität Oldenburg zu treffen. Die Raumprogramme für die Zentralbibliothek und die Mensa als nächste Bauvorhaben müssen unverzüglich fertiggestellt werden. Bei der Bearbeitung dieser Probleme wiegt der Mangel an Planungskapazität besonders schwer.

Schwierigkeiten im Rahmen der Bauplanung bereiten vor allem die ungeklärten Anforderungen an die Raumprogramme, die von der Hochschulbaugesellschaft für die funktionale Ausschreibung der Bauvorhaben gefordert werden. Hier besteht die Gefahr, daß an die Universität Oldenburg als Nutzer zu detaillierte Anforderungen gestellt werden, für deren Erfüllung sie personell nicht aus gestattet ist. Das kann zu einer weiteren Verzögerung von Bauvorhaben führen. Ein Ziel der funktionalen Ausschreibung den Zeitraum für die Planung und Verwirklichung von Bauvorhaben zu verkürzen, würde bei den detaillierten Anforderungen an die Raumprogramme ins Gegenteil umschlagen: Bei der Erstellung von Raumprogrammen würde mehr Zeit verlorengehen, als durch die funktionale Ausschreibung gewonnen werden kann. Diese für den Ausbau der Universität Oldenburg entscheidend bedeutsame Frage muß im Jahre 1975 geklärt werden. Als Folge des schleppenden Baufortschritts erlebt die Universität einen eklatanten Raummangel, d.h. die mehrfache Überbelegung von Arbeitsflächen, die sich zur Zeit zwar noch nicht auf die ordnungsgemäße Durchführung von Lehrveranstaltungen, wohl aber auf die Arbeitssituation der Lehrenden dieser Universität in einer Weise auswirkt, die aus dem zur Kooperation bereiten Lehrenden wider Willen einen Privatlehrenden daheim macht, weil die Universität nicht in der Lage ist, ihm eine ausreichende Arbeitsfläche zu garantieren.

Stellenzuweisung

Daß die beabsichtigte Studienreform bei ihrer Durchführung auf Schwierigkeiten stößt, liegt wesentlich an den unzulänglich ausgewiesenen Jahreshaushalten der Universität. Die Organisation des Projektstudiums im forschenden Lernen unter Bevorzugung von Kleingruppenarbeit ist ebenso auf Tutorenbetreuung angewiesen wie auf eine zufriedenstellende personelle und sachliche Ausstattung der zentralen Einrichtungen (Bibliothek, Werkstätten, Labors und Rechenzentrum). Ein notwendiger Ausstat-

tungsvorlauf vor Aufnahme des Studienbetriebs - wie ihn die Universität Bremen erfahren hat - ist in Oldenburg ausgeblieben. Um die bekannten, als Studienmisere benannten Folgen aufzufangen, haben die Gremien der Hochschule für 1975 einen eindeutigen Schwerpunkt auf den dringenden Nachholbedarf im Ausbau des Dienstleistungsbereichs gelegt (unter schmerzlichem Verzicht auf eine Reihe wissenschaftlicher Stellen). Der Minister für Wissenschaft und Kunst unterstützt diesen Schwerpunkt unserer Haushaltsanmeldungen, die im Dienstleistungsbereich 74 neue Stellen vorsehen. Immerhin sollen die beiden Neugründungen als einzige niedersächsische Hochschulen für 1975 mit einer personellen Zuwachsrate rechnen können (ca. 95 Stellen).

Festzustellen bleibt jedoch, daß die vorgesehenen Stellenzuweisungen nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten, sofern es das Ministerium mit dem Ausbau einer funktionsfähigen Hochschule ernst meint wie die Universität. Am gravierendsten läßt sich die Misere des Dienstleistungsbereichs an den Bibliotheksverhältnissen aufzeigen, die durch eine Bestandsaufnahme der materiellen Defizite bereits ausgeleuchtet worden ist: Raumangel in der Zentralbibliothek und v.a. in den Fachbereichen II, III und IV, der schon jetzt einen Stillstand des nutzbaren Bücherzuwachses dieser Bereiche bedeutet, eine für eine vergleichbare Bibliothek einmalige personelle Unterbesetzung (35 z.T. noch nicht besetzte Stellen im Vergleich zu 253 Stellen der Universitätsbibliothek Bremen). Diesem personellen Minimalbestand wird im Gegensatz zu Hochschulbibliotheken, die eine vernünftige mehrjährige Aufbauphase genießen durften und nur den laufenden Bibliotheksbetrieb betreuen, die gesamte Aufbauarbeit aufgebürdet, wobei allerdings die Lehrenden als fehlgeleitete Bibliothekskräfte gezwungenermaßen daran beteiligt sind. Sollte der Stellenzuwachs im Bibliotheksbereich in den nächsten Haushaltsjahren nicht entscheidend erhöht werden, ist mit dem Zusammenbruch oder zumindest mit einem Stillstand des Ausbaues zu rechnen.

Tutoren-Misere

Eine weitere materielle Voraussetzung für einen reformierten Studienbetrieb ist die Erhaltung des begonnenen Tutorienprogramms. Mit dem drastischen Rückgang der wissenschaftlichen Stellenzuweisungen im Haushaltsjahr 1975 wird auch die unbefriedigende Behelfslösung eingeschränkt, aus unbesetzten wissenschaftlichen Stellen Tutoren vorübergehend zu vergüten. Infolge einer zusätzlichen Notwendigkeit, mit technischen Hilfskräften aus Titel 427.03 die größten Personallöcher im Dienstleistungsbereich (v.a. der Bibliothek) vorübergehend zu stopfen, bleiben für das Tutorienprogramm nur noch wenige Stellen übrig. Was dies für die Fortführung des Projektstudiums an der Universität Ol-

denburg bedeutet, kann jeder ermessen. Als Konsequenz dieser Misere lautet unsere Forderung: eine baldige rechtliche Rahmenregelung zur Etablierung fester Planstellen für Tutoren und eine sofortige Erhöhung des Titels für wissenschaftliche Hilfskräfte (für technische Hilfskräfte wie Tutoren). An den genannten Fällen Bibliothek und

Hochschulentwicklungsplanung

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß eine jährlich vorgesehene Steigerung der Studienplätze um ca. 1000 Einheiten den zu bescheiden wachsenden personellen wie sächlichen Haushaltsmitteln davonlaufen wird. Wie sollen so die 14.300 Studienplätze für 1985 erreicht werden, oder sind geringere Studienkapazitäten bereits eine ernsthafte Alternative? Soll damit auch gleichzeitig die stillschweigende Festschreibung des NC besiegt sein?

Die Klärung dieser Frage ist für die Universität auch deshalb von Bedeutung, weil sie an dem Ziel der Errichtung einer integrierten Gesamthochschule mit dem Status einer wissenschaftlichen Hochschule festhält. Die Disharmonie zwischen Zielvorstellungen der Studienreform und der eingetretenen Studienmisere deckt m.E. jedoch auch hochschulintern Defizite auf. Zum einen kommt die in der Grundordnung vorgesehene vorausschauende Hochschulentwicklungsplanung nur schleppend in Gang. Was hierbei die notwendige Hilfestellung der bislang überlasteten Planungsabteilung betrifft so ist mit den neu besetzten Planerstellen eine erste Besserung zu erwarten, obwohl unverständlicherweise von den bereits im Haushaltsjahr 1973 versprochenen vier Statistikstellen erst eine Stelle zur Verfügung gestellt wurde, so daß die Universität ihre gesetzlichen Verpflichtungen nach dem Hochschulstatistikgesetz nicht erfüllen kann. Obendrein liegen bislang keine verbindlichen mittel- und langfristigen Planungsziele seitens des Staates für einen Struktur- und Entwicklungsplan der Universität vor. Erste Teildaten hierzu könnten die zum Jahresende eingegangene Reaktion des Ministeriums auf unsere Vorstellungen zu flächenbezogenen Studienplätzen liefern, die wir im August 1974 vorgelegt hatten.

Die Diskussion hierüber mit dem Ministerium wird aber noch fortzusetzen sein. Außerdem wird eine integrierte Entwicklungsplanung nur dann zu greifbaren Resultaten führen, wenn "territoriale Eigenständigkeiten" der Forschung und Lehre betreibenden Fachbereiche mit den einen Interessenausgleich bewirkenden zentralen Selbstverwaltungsgremien ein verträglicheres Verhältnis eingehen. Das Wirkungsgefüge zwischen den Fachbereichen und dem Senat mit seinen wesentlichen Ausschüssen (z.B. Verwaltungsausschuß und Programmausschuß) als Gelenkstück zwischen Rektor und Hochschulverwaltung auf der einen und den Fachbereichen auf der anderen Seite muß effektiver und vertrau-

Tutorenprogramm sollte beispielhaft der defizitäre Zustand der Ressourcen für Forschung, Lehre und Studium aufgewiesen werden. Diese materielle Misere liegt z.Z. von der Planungsabteilung als Bestandsaufnahme aufbereitet dem Senat zur Einsichtnahme vor und wird in kurzer Zeit dem Ministerium zugeleitet werden.

ensvoller gestaltet werden. Die Arbeitsteilung zwischen Senat, Programmausschuß und Verwaltungsausschuß liegt noch zu kopflastig beim Senat. Eine Chance koordinierter Durchsetzung hochschulpolitisch notwendiger Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Forschung, Lehre und Studium bietet sich in der gemeinsam anzusetzenden Entwicklungs- und Strukturplanung, die Rektor und Kanzler zu forcieren gedenken. Hierbei fehlen die Planungsabteilung - neben den bereits erwähnten nicht vorhandenen ministeriellen Datenvorhaben und den Stellen - allerdings auch endgültige Vorstellungen der Universität über Studienordnungen und -pläne als Determinanten für die Planung der ausbildungsbezogenen Ressourcen in den Fachbereichen.

Prüfungsordnung

Das formelle Verlangen nach brauchbaren Studien- und Prüfungsordnungen hat inzwischen die Studiengangsplanung in Bewegung gesetzt. Diese Bewegung sollte im nächsten Jahr an Fahrt gewinnen und trotz arbeitsmäßiger Überbelastung ein eindeutiger Schwerpunkt aller Beteiligten werden. Schon deshalb, weil zum Schluß des WS 75/76 die ersten Vordiplom- und Diplomprüfungen in neu eingerichteten Studiengängen abgelegt werden. In diesem Zusammenhang muß die Universität Oldenburg noch einmal nachdrücklich auf die Notwendigkeit der finanziellen, organisatorischen und rechtlichen Absicherung der einphasigen Lehrerausbildung durch die Landesregierung hinweisen.

Gremienarbeit und Einheitsverwaltung

Ein weiterer Gesichtspunkt der Oldenburger Reformuniversität sollte kritisch beleuchtet werden. Die in der Grundordnung verankerte Einheitsverwaltung, d.h. die politisch wie funktional gerechtfertigte Verzahnung akademischer und staatlicher Selbstverwaltung, sollte ihren Sinn nicht in einer lediglich effektiveren Ausnutzung der Hochschulverwaltung für den Wissenschaftsbetrieb finden. Vielmehr konnte unter dem Motto "Demokratisierung von Wissenschaft" nur gemeint sein, daß die sonstigen Mitarbeiter als anerkannte und gleichgewichtige Partner in allen Belangen der Hochschulpolitik vertreten sind. Voraussetzung für diesen Einbau der sonstigen Mitarbeiter in die Entscheidungsabläufe der Hochschule sind Respektierung und Verständnis für die eigenen Probleme ih-

rer Arbeitsbereiche durch die gesamte Hochschulöffentlichkeit. Dienstleistung und Verwaltung einer Universität funktionieren eben nicht von selbst. Sie sind entweder hierarchisch durchorganisiert, zum Nachteil der dort tätigen Kolleginnen und Kollegen. Oder aber sie entwickeln sich zu selbst organisierten und verantworteten Arbeitszusammenhängen der betroffenen Mitarbeiter, wie es im wissenschaftlichen Bereich üblich ist. Ich bin froh, daß an unserer Universität in engem Kontakt zwischen der Personalvertretung und allen Mitarbeitern mit der Universitätsleitung das Verständnis für die Probleme des Dienstleistungsbereichs wächst und sich z.B. in konkreter werdenden Vorschlägen für eine Umorganisation der Verwaltung äußert. Man möge hier keine Wunder erwarten, aber schrittweise Erfolge erhoffen. Denn insgesamt betreten wir Neuland, in dem außerdem mit Fallstricken wie dem reformfeindlichen BAT und dem eng angepaßten Universitätshaushalt zu rechnen ist.

So ist es der Universitätsleitung unverständlich, daß von 18 zur Höhergruppierung angemeldeten Stellen lediglich zwei Höhergruppierungen von der Landesregierung in die Haushaltsanmeldungen übernommen worden sind und von 74 neu beantragten Stellen 40 niedriger eingruppiert worden sind als sie nach den Arbeitsplatzbeschreibungen der Hochschule ausgewiesen waren. Sollte der Landtag diesen Herunterstufungen unserer Stellenanforderungen aus falsch verstandenem Sparsamkeitsprinzip zustimmen, werden bei vielen Mitarbeitern im Hause ebenso gemindert wie die Möglichkeit, beim Ausbau der Verwaltung auch erfahrene Verwaltungskräfte von außen zu gewinnen.

Über die berechtigten Haushaltsanforderungen für 1975 hinaus wird der Ausbau der Verwaltung in allen Abteilungen auch in den kommenden Jahren verstärkt zu betreiben sein. Die folgenden Bedarfsnennungen sind nur Beispiele: Die Abteilung 2, zuständig für die Finanz- und Wirtschaftsverwaltung, benötigt eine personelle Erweiterung um quali-

fizierte Mitarbeiter für Planung und Vollzug des Haushaltes wie die zunehmende Mittelverwaltung der Modellversuche und das Beschaffungswesen; die Personalabteilung steht weiterhin unter den besonderen Anforderungen der personellen Aufbausituation der Universität mit einem hohen Anteil an arbeitsintensiven Einstellungsvorgängen. Eklatant wirkt sich der Personalmangel im Bereich der akademischen Verwaltung (Abteilung 4) aus. Hier können bislang auf zentraler Kollegialebene nur Senat, Konzil, Verwaltungsausschuß und Programm- aussschuß, nicht aber die übrigen wichtigen Senatsausschüsse angemessen in die Geschäftsführung einbezogen werden. Mit nur einer Sachbearbeiterstelle pro Fachbereich und je drei Schreibkräften sind die für Forschung, Lehre und Studium zuständigen Fachbereiche das Stiefkind der Hochschulverwaltung.

Leidtragende: die Studenten

Die geschilderten Mangelverhältnisse der Universität bekommt letztlich am deutlichsten die Statusgruppe zu spüren, der die Bildungseinrichtung dient, nämlich der Studierenden.

Diese haben trotz der seit der Gründung ausschlußzeit immer schärfer zutage tretenden materiellen Verschlechterungen der Ausbildungsbedingungen nie leichtfertig die Reformkonzeption der Universität aufs Spiel gesetzt, sondern gemeinsam mit Lehrenden und sonstigen Mitarbeitern die Improvisationen des Studienbetriebes mitgetragen. Umgekehrt tritt unsere Hochschule geschlossen für die Beibehaltung der Rechte der verfaßten Studentenschaft ein und fordert die Landesregierung auf, bei ihrem Entwurf eines Niedersächsischen Gesamthochschulgesetzes diesen Status der Studentenschaft abzusichern. Ebenso setzt sich die Universität für eine Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden nach den Forderungen des VDS ein. Die Verbesserung der sozialen Verhältnisse bedeutet aber auch, daß die Universität hofft, daß das Studentenwerk bald die Bearbeitung der BAFÖG-An-

träge übernimmt und zügig abwickelt, nachdem Mitarbeiter unserer Verwaltung durch Mehrarbeit dafür gesorgt haben, daß Bearbeitungsrückstände aufgeholt wurden. Die Landesregierung wird aufgefordert, finanziell und organisatorisch für einen verstärkten Ausbau von Studentenwohnheimen zu sorgen.

Hält man sich vor Augen, unter welchen Bedingungen an dieser Universität studiert, gelehrt, gearbeitet wird, ist es nicht hoch genug einzuschätzen, daß sich die Mitglieder der Universität Oldenburg in allen politischen Grundsatzfragen solidarisch verhalten haben. Das gilt für die Erarbeitung und Durchsetzung der Grundordnung, für das einstimmige Votum, der Universität den Namen Carl von Ossietzkys zu geben ebenso wie für den maßvollen Kampf um das Zustandekommen der Kooperationsvereinbarung mit dem DGB und der Bildungsvereinigung "Arbeit und Leben". Es gilt auch für die Einschätzung der Berufungspolitik des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Bei diesem Problem hat sich gezeigt, daß die von der Universität erarbeiteten Berufungsvorschläge im Ministerium nicht mit der Verbindlichkeit akzeptiert worden sind, wie es die Hochschule aus dem Verständnis ihrer Rechtsposition erwarten mußte.

Diese Solidarität ist nicht selbstverständlich. Denn gleichzeitig hat ein politischer Differenzierungsprozeß eingesetzt, bedingt durch die personelle Erweiterung der Hochschule. Die nächsten Konzilswahlen werden vielleicht schon ein Abbild des breiter gewordenen politischen Spektrums liefern. Kennzeichnend für die Universität Oldenburg war und - ich hoffe - bleibt jene politische Vernunft, die zwischen der begründeten politischen Auseinandersetzung unterschiedlicher Fraktionen und den notwendigen Entscheidungen über inhaltliche Probleme der Universitätsentwicklung zu demokratisch legitimierten und akzeptierten Lösungen fand.

Die Landesregierung ist gut beraten, das ernsthafte bildungs- und gesellschaftspolitische Engagement der Angehörigen dieser Universität nach Kräften zu fördern.